

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
179 · Ausgabe BE · Dezember 2018



Ältere nicht im Regen stehen lassen

ALTERSARBEITSLOSIGKEIT IST EIN DRÄNGENDES UND WEITER ZUNEHMENDES PROBLEM, DAS NOCH ZU WENIG BEACHTUNG FINDET. DER VOLKSVORSCHLAG «FÜR EINE WIRKSAME SOZIALHILFE» WÜRDTE VIELES VERBESSERN.

Die Arbeitslosenquote ist zurzeit so tief wie seit 10 Jahren nicht mehr. Das ist für die Allgemeinheit eine sehr gute Nachricht, für bestimmte Menschen aber ist es nur ein schwacher Trost. So zum Beispiel für Leute, die mit über 55 Jahren arbeitslos werden. Viele von ihnen schaffen es trotz guter Qualifikation und unzähligen Bewerbungen nicht zu einem neuen Job. Stattdessen liegt ein Spiessrutenlauf vor ihnen: Zuerst müssen sie während zwei Jahren Bewerbung um Bewerbung schreiben, auch wenn nicht einmal Einladungen zu Bewerbungsgesprächen folgen. Anschliessend wird das angesparte Vermögen aufgebraucht – aus der Traum von der Reise nach der Pensionierung, dafür droht nach 65 die Altersarmut. Ist nichts mehr da, und erst dann, hilft das Sozialamt. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, kann eine solche Behandlung nur als demütigend empfinden.

Zahlen zeigen beunruhigende Entwicklung

Umso dramatischer ist es, dass immer mehr Personen über 55 ausgesteuert werden. Seit 2010 hat ihre Zahl um die Hälfte zugenommen: Es sind nun in der Schweiz schon über 30 000 Personen, was etwa der Bevölkerung von Langenthal und Burgdorf zusammen

entspricht. Auch im Interesse der Allgemeinheit muss hier einerseits dringend dafür gesorgt werden, dass ältere Arbeitnehmende nicht gezielt auf die Strasse gestellt werden. Ein Beispiel für solch unerhörtes Vorgehen war die Nachrichtenagentur, welche allen Redaktorinnen und Redaktoren, die älter als 60 Jahre waren, kündigte. Zum Glück führte in dem Fall der Streik der ganzen Redaktion dazu, dass die Kündigungen zurückgenommen wurden.

Würdige Behandlung dank Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe»

Andererseits braucht es abfedernde Massnahmen für die Menschen, die kurz vor der Pensionierung arbeitslos werden. Hier greift der Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe»: Als Gegenvorschlag zur Sozialhilfegesetzrevision, die zur Abbauvorlage verkam, will er nicht nur dafür sorgen, dass mehr Sozialhilfebeziehende eine Arbeitsstelle und damit den Weg aus der Abhängigkeit finden. Er sieht nämlich auch vor, dass Personen, die nach Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos werden, mit Ergänzungsleistungen statt Sozialhilfe unterstützt werden. So haben die Betroffenen noch etwas Geld auf der Seite, wenn sie in Pension gehen.

Weiterbildung statt Erhöhung des Rentenalters

Die Heraufsetzung des AHV-Alters bei Frauen auf 65 Jahre wird keine Beruhigung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Die Altersarbeitslosigkeit wird sicher auch nicht mit einer Erhöhung des AHV-Alters für Mann und Frau auf 66 oder 67 Jahre gelöst. Vielmehr braucht es eine Weiterbildungsoffensive. Bildungs- und Weiterbildungsdefizite sind Gründe für die Benachteiligung von älteren Arbeitssuchenden gegenüber jüngeren. Die Ausbildung der über 50-Jährigen liegt meist etliche Jahre zurück. Selbst wenn die Betroffenen lange bei der gleichen Firma angestellt waren und sich durch Praxiserfahrung und Weiterbildung zusätzliche Fähigkeiten angeeignet haben, sind diese meist sehr firmenspezifisch. An einer neuen Arbeitsstelle ist dieses Wissen nicht immer relevant.

Das firmenspezifische Wissen wächst mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit und ist daher bei älteren Arbeitnehmenden von grösserer Bedeutung als bei jüngeren. Auch hier braucht es den Volksvorschlag, der eine gezielte Weiterbildung von Stellensuchenden vorsieht.

Paul Zaugg, Präsident SP 60+ Kanton Bern

«Wir müssen an uns glauben und eine positive Dynamik schaffen»



VON BÜRGERLICHEN, DIE DEN KANTON SCHLECHTREDEN, UND ABSCHIEDSSCHMERZ: DIE ABGETRETENE PRÄSIDENTIN URSULA MARTI IM INTERVIEW.

Interview: Hannes Rettenmund

Liebe Ursula, am vergangenen Parteitag konntest du das Präsidium der SP Kanton Bern an Mirjam Veglio und Ueli Egger übergeben. Bist du erleichtert, diese «Bürde» abgeben zu können?

Im Moment dominiert eher noch der «Abschiedsschmerz», denn ich habe diese Aufgabe sehr gern erfüllt. Sie war denn auch keine Bürde, sondern ein Privileg. Klar trägt man viel Verantwortung und muss Risiken eingehen, aber man hat eben auch viel Gestaltungspotenzial und ist am Puls des politischen Geschehens. Ich war viel unterwegs, hatte schöne Begegnungen, durfte von verschiedensten Menschen viel lernen. Man lebt aber auch in einer Rolle, die man irgendwann wieder ablegen will, um Neuem Platz zu machen. Ich freue mich, dass ich dieses spannende Amt jetzt, zu diesem stimmigen Zeitpunkt, in neue Hände übergeben durfte.

Blicken wir auf die vier Jahre deiner Präsidentschaft zurück. Bist du zufrieden mit dem Erreichten?

Es waren fordernde Jahre, in denen die SP sehr engagiert war. 2015 verteidigten wir unter Druck unsere Sitze im National- und Ständerat. Mitten im Wahlkampf gaben zwei unserer Regierungsräte ihren Rücktritt bekannt. Wir konnten einen Sitz glanzvoll gegen die SVP verteidigen, der zweite und damit die Regierungsmehrheit gingen aber verloren. Bei den letzten Regierungsratswahlen haben wir dann den personellen Generationenwechsel sicher vollendet und bei den Grossratswahlen 5 Sitze zugelegt. Darauf kann nun aufgebaut werden. Wir haben übrigens auch gezeigt, dass wir referendumsfähig sind: USR III, Prämienverbilligungen und Steuergesetz. Ja, ich bin zufrieden und dankbar. Aber wir dürfen nicht auf dem Erfolg ausruhen!

Was hat diese Erfolge möglich gemacht?

In unserer Partei herrscht eine gute Stimmung, eine Aufbruchstimmung. Es ist cool, in der SP zu sein, und cool, ein Amt zu übernehmen. Viele Menschen sind bereit, für die SP anzupacken. Dafür haben wir Gefässe wie die

Basiskampagne geschaffen. Das brauchte am Anfang Mut, denn die neue Form von Wahlkampf stiess auch auf Skepsis. Der Erfolg gibt uns aber Recht.

Würdest du gewisse Dinge im Rückblick anders machen?

Nicht unbedingt. Mir fällt aber auf, dass wir in den letzten Jahren etwas «fremdbestimmt» waren. Gerade die Abbaupolitik der Bürgerlichen hat die Themen vorgegeben. Es war richtig und wichtig, dass wir uns hier mit Nachdruck gewehrt haben. Gerne hätte ich jedoch mehr darüber gesprochen, wie wir mit neuen Ideen und Lösungen in die Zukunft gehen wollen, wie wir unseren Kanton vorwärts bringen. Viele Bürgerliche reden Bern schlecht und lamentieren über die Steuern. Das ist fatal. Wir müssen an uns glauben, eine positive Dynamik schaffen und den Kanton Bern als offenen, fortschrittlichen Ort positionieren, in dem man gut lebt und geschäftet, weil wir eben in Bildung und Innovation, Gesundheit, soziale Sicherheit und gute Infrastrukturen investieren.

MERCI, ROBERTO!

Lieber Roberto, du hast lange und erfolgreiche Jahre an der Spitze unserer Partei gearbeitet. Du warst immer einer, der zur Verfügung stand, jederzeit bereit, dich für das Wohl aller Einwohner dieses Kantons einzusetzen. Du warst einer, der vermitteln wollte und konnte. Du hast die Interessen der Bernjurassier und Welschbieler vertreten, wusstest dich aber gleichzeitig mit Leidenschaft um alle Regionen zu kümmern. Denn du weisst es: Wir sind alle im selben Boot, und wir können nur alle zusammen wachsen und zum Ziel kommen. Eine BEherzte Politik, so lautete vor einigen Jahren ein Wahlspruch der SP. Keiner konnte es so gut verkörpern wie du. Vielen Dank für deinen grossen Einsatz!

Ausschnitt aus der von Christophe Gagnebin gehaltenen Verabschiedungsrede für den als Vize-Präsident zurückgetretenen Roberto Bernasconi am kantonalen Parteitag.

Ja zum Energiegesetz

Wenn wir die Klimaerwärmung eingrenzen wollen, müssen wir die Nutzung fossiler Energien einschränken. In diesem Wissen hat eine deutliche Mehrheit der Stimmbewölkerung im letzten Jahr der Energiewende zugestimmt. Um die Energiestrategie 2050 umzusetzen, braucht es gerade auch die Kantone. Das fortschrittliche Berner Energiegesetz von 2011 muss deshalb weiter verbessert und dem technologischen Fortschritt angepasst werden. In Neubauten beispielsweise machen Ölheizungen keinen Sinn mehr und dürfen in der Regel nicht mehr eingebaut werden, zudem wird verlangt, dass bei Neubauten ein Teil des Strom-Eigenbedarfs selber produziert wird. Innerhalb von 20 Jahren sind ausserdem zentrale Elektroboiler durch Wärmepumpenboiler zu ersetzen.

Nach wie vor werden rund 73 Prozent der Raumwärme mit fossilen Energieträgern erzeugt. 28 000 Öl- und Gasheizungen wurden vor 1990 in Betrieb genommen und müssen bald ersetzt werden. Dies ist die Gelegenheit, energetisch zu sanieren. Mehr als 1 Milliarde Franken fliesst jährlich aus dem Kanton Bern zu Ölproduzenten ab. Wenn wir anstelle von

Heizölheizungen zum Beispiel Wärmepumpen oder Pelletheizungen installieren, stellen wir eine unabhängige Energieversorgung sicher und stärken das heimische Gewerbe. Mit der Revision wird die energetische Sanierung bestehender Gebäude vorangetrieben. Dass bürgerliche Verbände wie der HEV und der HIV das Referendum ergriffen haben, erstaunt einmal mehr. Die SP hat am Parteitag einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Kornelia Hässig, Grossrätin, Zollikofen

DARUM GEHT ES

- Mit dem kantonalen Energiegesetz wird die beschlossene Energiewende umgesetzt.
- Damit wird der Klimawandel bekämpft und erneuerbare Energie gestärkt.
- Das Referendum wurde von rechtsbürgerlicher Seite ergriffen, die SP sagt einstimmig Ja.



Nein zum Polizeigesetz

Sicherheit ist ein «Service Public», dafür zahlen wir Steuern. Mit der Einführung des neuen Polizeigesetzes soll es aber möglich werden, dass Kosten von Polizeieinsätzen überwältigt werden, auf Gemeinden, auf Veranstanter, aber auch auf Einzelpersonen. Das darf nicht sein. Es ist vor allem auch deshalb problematisch, weil die Polizei selber darüber entscheidet, mit wie viel Personal und mit welchem Aufwand sie in den Einsatz geht. Es widerspricht den Grundsätzen unseres Rechtsstaats, dass die Polizei gleichzeitig die Kosten hochtreiben und sie dann in Rechnung stellen kann. Die Limite der Kostenüberwälzung wurde dabei in der maximalen Höhe festgelegt, welche die nationale Rechtsprechung zulässt. Im Klartext bedeutet das, dass dadurch Einzelne finanziell ruiniert werden können.

Nicht mit den Grundrechten vereinbar ist auch die sogenannte Vorermittlung, die mit dem neuen Polizeigesetz eingeführt werden soll. Damit kann die Polizei einen Monat lang ermitteln, ohne dass sie dies durch einen klaren Verdacht belegen muss. Das ist auch darum absurd, weil die Berner Polizei dafür

gar nicht genügend Kapazität hat. Ein Gesetz zu erlassen, wenn im Vornherein bereits klar ist, dass es nicht umgesetzt werden kann, ist widersinnig.

Die Mehrheit im Grossen Rat hatte kein Gehör für linke Bedenken, man beschloss nur Verschärfungen. Der Parteitag hat deshalb konsequent mit überwältigendem Mehr die Nein-Parole beschlossen.

Meret Schindler, Grossrätin, Bern

DARUM GEHT ES

- Mit dem neuen Polizeigesetz werden die Grundrechte zu stark eingeschränkt.
- Kostenüberwälzungen von Polizeieinsätzen sollen möglich werden, was dem Service Public widerspricht.
- Von linker Seite wurde das Referendum ergriffen, die SP empfiehlt Nein zu stimmen.



RICHTERINNEN-POOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

99%
INITIATIVE

JETZT 99%-INITIATIVE-UNTERSCHRIFTEN EINSENDEN

Bitte gesammelte Unterschriften für die 99%-Initiative umgehend einschicken, damit diese beglaubigt werden können. Gemeinsam schaffen wir den Schlusspurt!>

Bier und Spass

Kürzlich hat mir ein IT-Unternehmer und Bierbrauer eine Geschichte erzählt: Früher habe er an Messen Computer aufgestellt und sich den ganzen Tag gelangweilt. Heute verkaufe er an Messen Bier – und nebenbei Computer.

Was sagt uns diese Geschichte? Nehmen wir unsere Standaktionen: In der Regel verteilen wir tonnenweise Papier und begegnen haufenweise Desinteressierten. Die SP Thun hat bei den diesjährigen Wahlen ein für Thuner Verhältnisse neues Konzept angewendet. Klar auch mit Papier, das gehört dazu wie der Bio-Senf zur Vegi-Wurst. Aber im Mittelpunkt standen echte Begegnungen, Gespräche statt «Adieu, merci». Hierzu gehörten Käsebrätel,

Weisswein, Glühwein und Punsch – und natürlich Bänke und Tische, was viele Gespräche ermöglichte. So habe ich zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Spass gehabt an Standaktionen.

Die SP Hilterfingen beteiligt sich jeweils mit einem Fondue-Stand am Strandfest. Und führt nebenbei viele Gespräche. Oder die jungen Grünen in Thun: Mit einem Spontifest unter dem Rathaus haben sie die Fussgänger*innenzone in der Thuner Innenstadt eingeweiht. Und hierbei literweise Glühwein und Bier verkauft, viele Gespräche geführt und Spass gehabt.

Wir müssen wieder lernen, mit mehr Spass auf die Leute zuzugehen – auch untereinander. Denn letztlich sind es eben nicht (nur) hart er-

Die SP Kanton Bern sucht für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober 2019

EINE PRAKTIKANTIN/EINEN PRAKTIKANTEN (50%)

Dein Aufgabengebiet

Du unterstützt während dieser Zeit das kantonale Parteisekretariat bei der Vorbereitung der National- und Ständeratswahlen vom 20. Oktober 2019 und weiteren Projekten wie Abstimmungskampagnen und Veranstaltungen.

Dein Profil

Wir erwarten ein abgeschlossenes Grundstudium der Politikwissenschaften oder ähnliche Ausbildung, gute PC-Kenntnisse und gute Deutsch- und Französischkenntnisse.

Das gesamte Stelleninserat ist zu finden unter www.spbe.ch. Bewerbungsfrist ist der 31. Januar 2019.

AGENDA

Kantonale Parteitage 2019

Die Termine der kantonalen Parteitage 2019 sind definitiv festgelegt:

Mittwoch, 20. März 2019

19 – 21.30 Uhr in Bern
Antragsfrist für Berechtigte:
27. Februar 2019

Samstag, 25. Mai 2019

10 – 15 Uhr in Utzenstorf
Antragsfrist für Berechtigte:
3. Mai 2019

Mittwoch, 6. November 2019

19 – 21.30 Uhr in Bern
Antragsfrist für Berechtigte:
16. Oktober 2019

Bitte beachten: Ab 2019 werden die Unterlagen für die Parteitage nur noch elektronisch verschickt, der Papierversand entfällt.

Rote Feder

kämpfte Positionspapiere und Parolen, die zum Erfolg führen. Sondern Bier und Spass.

*Franz Schori, Stadtrat
SP Thun, Gewerkschaftssekretär syndicom*

